

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 19

Artikel: "Rostock" vergleichsweise bescheidener Vorbote
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093182>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager zu ausländerfeindlichen Umtrieben

«Rostock» vergleichsweise bescheidener Vorbote

Sind die Ereignisse in Hoyerswerda, Rostock, Eisenhüttenstadt und andern (ost)deutschen Städten das Fatal einer nationalsozialistischen Wiedergeburt? Die Plakatierung Hitlerscher und Goebbelscher Slogans und ein an die Säuberungskolonnen der SA gemahnendes Verhalten scheinen dies nahelegen. Und schon wird von etlichen nichtdeutschen Kommentatoren, vermutlich unbewusst, an antideutsche Reflexe angeknüpft. Dafür stehen neu aufgelegte Parolen aus dem Dritten Reich alleweil gut, vor allem aber die seit kurzem wachsende Angst vor Macht und Einfluss eines vereinten Deutschlands, dessen hegemoniale Stellung in Europa nicht einmal mehr von einer sich auflösenden Gruppe unabhängiger Staaten wie der GUS in Frage gestellt werden kann. Das ist problematisch und hat zwei fatale Folgen.

Die näherliegende vorab. Der Anrufung nationalsozialistischer Gedankengutes in Deutschland sowie faschistischer Ideen in Italien und vermutlich in nicht allzu ferner Zukunft wiederum kommunistischer Vorstellungen in Russland kommt eher ein psychologischer denn ein politischer Stellenwert zu. Von ewiggestrigen Politsekten am Rande von Gesellschaft und Vernunft abgesehen, haben die totalitären Bewegungen dieses Jahrhunderts ihre Anziehungskraft verloren oder jedenfalls alle Aussicht auf politische Wirkung eingebüßt. Was — nicht erstmals — in Rostock und andernorts passierte und passiert, ist eine echte Provokation von Menschen in Not. Sie malen den Teufel an die Wand, auf dass die Umwelt erschrecke, ihre Not wahrnehme und Abhilfe schaffe.

Fehlen einer humanistischen Tradition in totalitären Staaten

Weil dem so ist, sollte doch endlich aufgehört werden, mit dem Finger auf Deutschland zu zeigen und die Deutschen an die Verantwortung

ihrer Grossväter und Grossmütter zu mahnen. Deutschland hat Übermenschliches getan und Schuld gesühnt.

Zum andern, und das ist die zweite fatale Folge, wird solcherweise die Suche nach den tieferen Ursachen gehemmt und die Sicht auf ein globales Problem getrübt. Es ist zunächst zu bedenken, dass sich die seinerzeitige DDR wie alle kommunistisch geführten Staaten zelotenfreundlich und flüchtlingsfeindlich verhielt. Zwar wurden regimetreue Agitatoren und Propagandisten in grosser Zahl und aus vielen Ländern zwecks Ausbildung an den Tisch der Herren geladen, vom Volk meist unbesehen, unberührt und ungeliebt. Aber Asylanten haben diese Staaten nur in politischen Ausnahmefällen aufgenommen. Daher fehlt eine humanistische Tradition. Die jetzige Konfrontation mit zahlreichen Asylanten musste eine Bevölkerung, die nach der Union mit dem mächtigeren und reicheren Westteil in einer Identitäts-

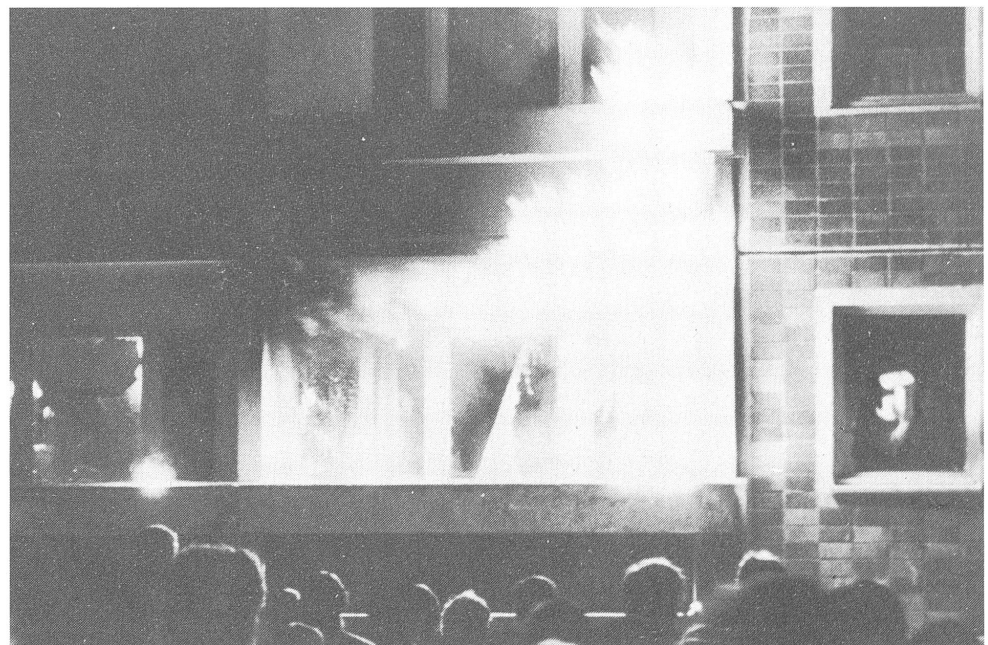
krise steckt und wirtschaftlich in der Talsohle steht, besonders schocken.

Massenhafte Migration lässt Assimilierung als unnötig erscheinen

Auslöser der schweren Zwischenfälle ist eine Enttäuschung, eine Behinderung, eine Einzäunung, eine Verbauung von Hoffnungen und Möglichkeiten, kurz, eine Frustration. Diese jedoch ist keine deutsche, sondern eine europäische, ja sogar eine globale Erscheinung. Sie hat mit teils relativer, teils absoluter Überbevölkerung zu tun, die erste eine Folge des allzu rasch angestiegenen Wohlstandes, der zudem eine Sogwirkung ausübt, die zweite das Ergebnis einer unheilvoll sich öffnenden Schere zwi-

schen noch gleich bleibender Natalität und sinkender Mortalität, was einen Überdruck erzeugt. Daher die Migrationsströme, die neue Minderheiten- und Nationalitätenprobleme bewirken und die Zersplitterung der Gesellschaft fördern. Dafür gibt es keine rasche Lösung, weshalb die nächste Generation ihre Koexistenzfähigkeit mit Problemen, die sich endgültiger Beilegung entziehen, als staatsbürgerliche Tugend wird nachweisen müssen.

Die bevorstehenden Migrationsströme sind anderer Natur als die Flüchtlingsströme, die durch das Edikt von Fontainebleau (Hugenotten), die Französische Revolution (Royalisten), die Restauration von 1848 (Liberale) sowie faschistische, bolschewistische und nationalsozialistische Machtübernahmen (Demokraten) verursacht worden sind. Flüchtlinge danken ihre Rettung dem Asylland mit Assimilierung in der Hoffnung auf eine spätere Rückkehr. Die neuen Migranten kommen



In Brand gesetztes Asylbewerberheim in Rostock (Foto: Keystone).

in so starken Gruppen, dass ihnen die Notwendigkeit zur Assimilierung kaum bewusst wird. Die Versuchung liegt nahe, von einer neuen Völkerwanderung zu sprechen. Aber damit wird auch ein entscheidender Unterschied sichtbar.

Technischer Fortschritt brachte auch Konfrontation mit fremden Kulturen

In den Jahrhunderten kurz vor und besonders nach dem Beginn unserer Zeitrechnung verschoben sich ganze Stämme romanischen, germanischen und slawischen Ursprungs und bildeten langsam ein neues Mosaik aus verschiedensten ethnischen, sprachlichen, auch religiösen Elementen. Damals — und übrigens bis zur Französischen Revolution — waren die Menschen in ihrer Mobilität auf die Geschwindigkeit des galoppierenden Pferdes angewiesen, war die Autarkie — die wirtschaftliche Unabhängigkeit — eine wichtige Tugend und die Mobilität eine seltene Notwendigkeit. Die Bewohner des Nachbarorfes konnten anderer Religion huldigen, ein anderes Idiom oder eine andere Sprache sprechen, gelegentlich sogar eine andere Hautfarbe aufweisen: Wegen mangelnder und meist überflüssiger Kontakte blieben Berührungsprobleme spärlich, und Assimilierungszwänge fielen weitgehend weg. So entstanden Minderheiten, die wir heute als historische einstufen müssen. Sie waren — wie die Mehrheiten auch — selbstgenügsam und auf das Lokale ausgerichtet; der Staat hatte eine untergeordnete Bedeutung. Nach dynastischen Teilungen und militärischen Eroberungen mochten Herren wechseln, meist ohne dass die Untertanen davon merklich betroffen waren.

Die Erfindung der Dampfmaschine und der Bau der Eisenbahn, die Erfindung des Verbrennungsmotors und der Bau der Strassen, ganz allgemein der technische Fortschritt mit den erweiterten Produktionsumwegen, ermöglichten — und erforderten

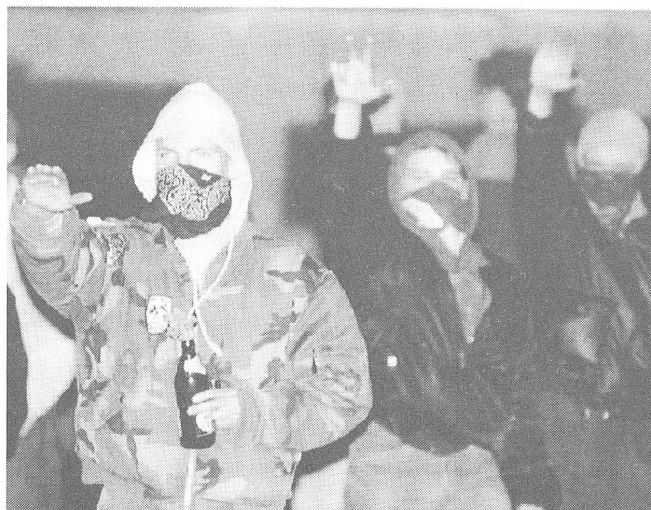
zugleich — erhöhte Mobilität und wirtschaftliche Zusammenschlüsse in vertiefter Arbeitsteilung. Es entstanden Berührungszwänge zwischen Mehrheit und Minderheiten, wenige im Nationalstaat Frankreich, viele in der multinationalen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Immerhin konnten die Beziehungsprobleme mit den historischen Minderheiten meist auf friedliche Weise beigelegt werden. Die schlimmste Ausnahme stellt gegenwärtig das ehemalige Jugoslawien dar.

Toleranz statt Sonderbehandlung

Der seit der Aufklärung enorm angehobene Bildungsstand der Völker hatte den Anspruch auf Mitverantwortung und Mitwirkung am staatlichen Geschehen gestärkt, die Demokratisierung eingeleitet und dem Anliegen der Menschenrechte breite Nachachtung verschafft. Darauf durften und haben sich die historischen Minderheiten berufen, zumal sie einen bedeutenden politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beitrag zum Aufbau ihrer Region und zur Gestaltung des Staates leisteten, dessen Angehörige sie wurden.

Unter solch tiefgreifend veränderten Bedingungen stellen die modernen Migrationsströme ein völlig neues und gefährlich dynamisches Problem dar, weil sie nicht über lange Zeit gewachsen sind, jedoch Rechte fordern, welche die längst statischen historischen Minderheiten erworben haben. Die heutige Mobilität und die wirtschaftlichen Integrationszwänge erforderten von Immigranten eine sehr weit gehende Assimilierung mindestens in sprachlicher und kultureller Hinsicht, unter gewissen Umständen eine besonders tolerante religiöse Haltung, wenn nicht gar in Extremfällen eine kirchliche Eingliederung.

Die staatliche Nichtbeachtung dieser Gebote praktischer Vernunft wird in aller Voraussicht die Steigerung eines ohnehin schon unerträglichen



Gewalttätigkeit als Folge sozialer und politischer Probleme (Foto: Keystone).

Fremdenhasses bewirken mit Folgen, für die die Ausschreitungen von Rostock vergleichsweise bescheidene Vorboten sind. Wenn — um nur ein Beispiel zu nennen — die Muslime in Grossbritannien unter Anrufung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes nicht nur 40 Moscheen in Manchester errichten, sondern landesweit sehr weit gehende Sonderbehandlung fordern, etwa in Schulen — eigene Pausen und Räume zur Verrichtung der Gebete und das Tragen der Schleier für Mädchen — und im Staate — Zusicherung parlamentarischer Vertretung, Berücksichtigung des islamischen Scheriat-Rechtes, das auf der Vorstellung einer ursprünglichen Einheit von Staat und Religionsgemeinschaft gründet —, so wird das Problem in aller Schärfe umrissen.

Menschenrechte wichtiger als Minderheitenschutz

Solchen Forderungen kann nicht stattgegeben werden, weil sie angesichts der Geburtenraten in absehbarer Zeit zur weitgehenden Elimina-

tion europäischer Kultur führen würden. Deren Existenzberechtigung ist indes nicht geringer einzustufen als etwa die der islamischen, chinesischen oder buddhistischen Kultur. Das ist im Rahmen einer wohl unumgänglichen Güterabwägung im globalen Verhältnis das höhere Minderheitenrecht.

Der Minderheitenschutz ist den Menschenrechten untergeordnet. Letztere verpflichten uns zur Aufnahme von — im weiteren Sinne — politischen Flüchtlingen, nicht aber zum Einlass wirtschaftlicher Emigranten. Von den politischen Flüchtlingen darf die Assimilierung oder aber die Rückkehr in ihre Heimat erwartet und notfalls gefordert werden. Ehemalige Flüchtlinge und nunmehr assimilierte Staatsbürger haben jedem Gastland weit mehr Bereicherung als Belastung gebracht, auch der Schweiz, von den Hugenotten im 17. Jahrhundert bis zu den zentral- und osteuropäischen Flüchtlingen im 20. Jahrhundert. Nicht minder willkommen sind uns afrikanische oder asiatische Flüchtlinge, sofern sie sich assimilieren — oder den Willen zur Rückkehr bekunden. ■